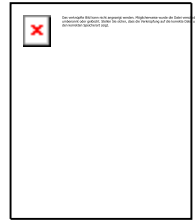


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am
08.06.2020 im Kreistagssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr René Haase

Herr Detlef Helgert

Frau Heike Kühne

Frau Katrin Witt

Herr Philipp Maaßen, i.V. f. Frau Albrecht

Sachkundige Einwohner

Frau Heike Brumm

Herr Steffen Große

Herr Andreas Jädicke

Frau Ailine Lehmann

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske

Herr Erik Dilling

Herr Rüdiger Lehmann

Herr Andreas Christoph

Frau Monika Strzelecki

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sabine Albrecht

Frau Birgit Bessin

Frau Jutta Böttcher

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Block

Herr Carsten Nehues

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2020
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschusmitglieder
- 4.1 Anfrage von Frau J. Böttcher, Fraktion der SPD zu Covid19
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Anträge
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI - Kommunalen und sozialen Wohnungsbau im Landkreis absichern 6-4079/20-KT/I
- 7 Informationen zu Covid19
- 8 Bericht Jobcenter zur aktuellen Lage
- 9 Sozialatlas Teltow-Fläming

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Böttcher eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschusmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

Zu der vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen. Sie schlägt eine Änderung in der Reihenfolge der TOP vor. Der TOP 8 wird vor TOP 7 aufgerufen. Die Zustimmung der Ausschusmitglieder liegt vor.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2020

Zur Niederschrift vom 10.02.2020 liegen keine Einwendungen vor.

Von Frau Witt wurden mit E-MAIL vom 06.06.2020 Anfragen an den Ausschuss gerichtet und Nachfragen zu TOP 6 der Niederschrift vom 10.02.2020.

Herr Dilling erklärt zur Frage der auskömmlichen Finanzierung der Schuldnerberatung in Bezug auf die Sitzung vom 10.02.2020, dass die Schuldnerberatung für alle Bürger des Landkreises eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist. Für die Leistungsberechtigten nach SGB II und SGB XII ist die Finanzierung zwingend vorgesehen im SGB XII nach § 11 Abs. 5 und im SGB II nach § 16a Satz 1 Nr. 2.

Über den Schuldenatlas wurde ein möglicher Bedarf ermittelt, wonach 10,34 % der Haushalte im Landkreis TF verschuldet sind. Das entspricht 14.000 erwachsene Personen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Zu diesem TOP liegen keine Anfragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Jädicke fühlt sich als Mitglied des Ausschusses von Seiten der Verwaltung nicht ausreichend zum aktuellen Geschehen rund um die Corona-Pandemie informiert.

Frau Böttcher verwies auf die tagesaktuellen Informationen auf den Internetseiten des Landkreises TF sowie den Newsticker der MAZ. Für die Mitglieder des Kreistages gab es täglich einen Newsletter.

Frau Kühne lobte in diesem Zusammenhang die vorbildliche Information des Landkreises zur Corona-Pandemie.

Zu den eingereichten Fragen von Frau Witt informiert Frau Gurske, dass diese am 06.06.2020 in der Kreisverwaltung eingegangen sind und aufgrund der Kurzfristigkeit heute nicht alle umfänglich beantwortet werden können. Offene gebliebene Antworten werden schriftlich nachgereicht.

Frau Böttcher bittet in diesem Zusammenhang die Ausschussmitglieder, Anfragen rechtzeitig zu stellen, um eine Bearbeitung und entsprechende Vorbereitung zu ermöglichen. Weiterhin informiert sie, dass am 18.06.2020 die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden tagen, um den Kreistag vorzubereiten. Sie wird alle Mitglieder des Ausschusses per E-MAIL darüber informieren.

Anfrage

Leistungserbringer Eingliederungshilfe / Richtlinie ambulante Dienste u.a.

Frau Gurske verwies auf die Internet-Seite des Landkreises Teltow-Fläming. Hier gibt es unter dem Punkt Service eine Vielzahl von Informationen zu allen Hilfsangeboten des Landkreises. Sie bietet Frau Witt eine bilaterale Verständigung an, da die Beantwortung aller Fragen im Rahmen des Ausschusses nicht möglich ist.

Anfrage

Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) im Landkreis

Herr Dilling beantwortet die Fragen

1. Welche WfbM sind im Landkreis ansässig?

Im Landkreis TF sind die Wünsdorfer Werkstätten gGmbH und die Elster Werkstätten GmbH ansässig. Die Wünsdorfer Werkstätten haben ihren Dienstsitz im Landkreis mit den Standorten Wünsdorf, Waldstadt und Ludwigsfelde. Die Elster Werkstätten haben Standorte in Jüterbog, Luckenwalde und Ludwigsfelde. Der Dienstsitz ist in Herzberg. Für den Abschluss der Leistungs- und Vergütungsvereinbarung ist der Landkreis somit nur für die Wünsdorfer Werkstätten gGmbH zuständig.

2. Welche produktiven Beschäftigungen bieten diese in den eigenen Arbeitsbereichen den Menschen mit Behinderung?

Auf der Homepage der Werkstätten sind die Angebote hinterlegt.

3. Werden Integrationsprojekte oder andere Übergangsformen in den ersten Arbeitsmarkt forciert? Wenn ja, welche? Mit welchen Partnern wird zusammengearbeitet?

Die Werkstätten bieten Außenarbeitsplätze in einer Vielzahl von Unternehmen an. Integrationsprojekte oder andere Übergangsformen sind im Sozialamt nicht bekannt.

4. Gelingt es, Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren? Wenn ja, wie viele?

Im Landkreis TF gab es in den letzten fünf Jahren keine Integration von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt im Rahmen der Teilhabe am Arbeitsleben nach dem SGB XII a.F. bzw. SGB IX n.F.

Einführung eines Mehrbedarf für die Mittagsversorgung in Abhängigkeit der Anwesenheitstage

1. Findet ein Austausch dieser Daten zwischen dem Landkreis und den WfbM statt?
2. Wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit dieser Austausch stattfinden kann?

Die Daten werden ausgetauscht, wobei der Leistungsbezieher bzw. der Betreuer eine Mitwirkungspflicht hat. Die Daten werden über den Betroffenen abgefordert. Wenn eine Vereinbarung vorliegt, kann dies auch über die WfbM erfolgen.

3. Wie ist der Arbeitsaufwand für die Erfassung dieser Sachverhalte seit Beginn 2020 gestiegen?

Ein erhöhter Arbeitsaufwand ist zu verzeichnen. Wie hoch er konkret ist, kann zzt. nicht gesagt werden.

Meldung der Arbeitsentgelte

Die Meldung der Arbeitsentgelte läuft analog der Finanzierung der Mittagsversorgung.

Eingeschränkter Betrieb der WfbM aufgrund der Corona Pandemie

1. Wird die Finanzierung der WfbM auch für den Zeitraum der Corona Pandemie sichergestellt?

Auf der Grundlage einer Mitteilung des MSGIV werden die Mehrbedarfe weiter gezahlt.

2. Haben die WfbM mit Einbußen in der Finanzierung zu rechnen?

Für die beiden im Landkreis ansässigen Werkstätten sind keine Einbußen zu verzeichnen.

3. Welche Möglichkeiten sieht der LK die WfbM finanziell zu unterstützen, soweit diese einen Bedarf an Unterstützung angemeldet haben?

Vom Anbieter wurde eine modifizierte Leistung angeboten, die vom LK angenommen wurde. Eine Unterstützung erfolgt im Rahmen der vertraglichen Beziehungen.

4. Ist es richtig, dass damit auch zwingend die Zahlung des Mehrbedarfes für Mittagsverpflegung eingestellt wurde?

Der Mehrbedarf wird durch Einführung des § 142 SGB XII sichergestellt.

5. Soweit die Mittagsverpflegung innerhalb von Tagesstätten/anderen Leistungserbringern übernommen wurde, ergeben sich Kosten für diesen Leistungserbringer, der die vertraglich vereinbarten Kosten übersteigt. Werden diese erhöhten Kosten durch den Landkreis finanziert?

Das ist durch die Zahlung des Mehrbedarfs abgedeckt. Insofern ist für die Betroffenen auch keine Mehrbelastung entstanden.

Finanzierung des Sozialatlas des Landkreises Teltow-Fläming

Eine Anschubfinanzierung erfolgte über MBS Mittel in Höhe von 5.000 €.
Im TOP 9 wird der Sozialatlas durch die Diakonie vorgestellt.

Herr Große fragt, ob es von Seiten der Verwaltung eine Strategie zur Umsetzung des Beschlusses der Landesregierung zur Unterstützung der Träger im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gibt?

Frau Gurske nimmt die Frage mit, es erfolgt eine schriftliche Beantwortung.

TOP 4.1

Anfrage von Frau J. Böttcher, Fraktion der SPD zu Covid19

Die Beantwortung der Anfrage liegt allen schriftlich vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

TOP 6

Anträge

TOP 6.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI - Kommunalen und sozialen Wohnungsbau im Landkreis absichern (6-4079/20-KT/I)

Frau Böttcher erläutert den Beschluss. Es geht um die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraumes – vor allem im Norden des Landkreises. Mit den kreiseigenen Gesellschaften sollte geprüft werden, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Stellungnahme der Verwaltung mit entsprechender Beschlussempfehlung für den Kreistag ist dem Antrag beigefügt.

Herr Große begrüßt den Antrag und verwies auf die Sozialraumplanung.

Er regt an, Kommunen zu belohnen, die in den sozialen Wohnraum investieren (z.B. mit einer lokalen Senkung der Kreisumlage, Unterstützung von Unternehmen und Vereinen). Auch für die ambulante Betreuung steht immer weniger Wohnraum sowie behindertengerechter Wohnraum zur Verfügung.

Frau Gurske informiert, dass in das Konzept für die SWFG die Frage der Nutzung des Wohnungsbestandes einbezogen werden soll. Durch die Stellungnahme des Landkreises wird das nicht verworfen. Sozialer Wohnungsbau ist jedoch keine originäre Aufgabe des Landkreises. Die Übernahme dieser Aufgabe wäre eine zusätzliche freiwillige Aufgabe, die mit einer entsprechenden Belastung des Kreishaushaltes einhergeht.

Das Thema Sozialplanung und die Unterstützung von Wohlfahrtsverbände oder Unternehmer bei der Schaffung von Wohnprojekten kann aufgegriffen werden.

Der Landkreis ist in der Pflicht, die Handlungsempfehlung zu den Kosten der Unterkunft (KdU) alle zwei Jahre zu überprüfen und anzupassen. Somit wird gesichert, dass ein Anteil des Wohnungsbestandes als angemessen anerkannt wird und für den Personenkreis der Niedrigverdiener und Leistungsbezieher zur Verfügung steht. Der Landkreis ist dabei als Ganzes zu betrachten.

Herr Helgert gibt zu bedenken, dass Steuereinnahmen weggebrochen sind. Er bezieht sich dabei auf die Stadt Ludwigsfelde. Der Ausfall von Steuereinnahmen hat auch Auswirkungen auf die Kreisumlage und somit entsteht ein Finanzierungsproblem. Die Stadt Ludwigsfelde wird einen eigenen Mietspiegel machen.

Herr Christoph erklärt, dass das Land nach wie vor die Individualförderung bevorzugt. Solange die Wohnungsförderbauprogramme nicht verändert werden, wird das Problem durch den Landkreis nicht zu lösen sein.

Die Zuständigkeit für die Zuweisung adäquaten Wohnraums für von Obdachlosigkeit bedrohte Bürger liegt in der Verantwortung der Ordnungsämter in den Kommunen.

Frau Böttcher bittet zum Abschluss der Diskussion um Abstimmung zur Stellungnahme der Verwaltung zum vorliegenden Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

TOP 7

Informationen zu Covid19

Herr Lehmann gibt den Überblick zu den Covid-19 Geschehen im Landkreis. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Witt fragt, ob es Quarantänen für ganze Betriebe/Einrichtungen gab?

Herr Lehmann verneint dies. Es wurden nur Einzelpersonen in Quarantäne gesetzt. Im ÜWH Blankenfelde-Mahlow gab es neun positive Fälle. Diese Personen wurden isoliert, es erfolgte keine Schließung der kompletten Einrichtung.

Frau Gurske ergänzt, eine Kita musste an einem Tag (Freitag) vorsorglich geschlossen werden, um Testergebnisse abzuwarten. Da diese negativ waren, konnte die Kita am Montag wieder öffnen.

Herr Jädicke möchte wissen, wie viele Verstöße es gegen Quarantäne-Auflagen im Landkreis gab? Wie viele Krankenhausaufnahmen von Infizierten? Wurden Todesfälle obduziert?

Herr Lehmann antwortet, dass vier Anzeigen gegen Verstöße eingegangen sind und bearbeitet wurden.

Zu der Anzahl der Krankenhausaufnahmen liegen keine Angaben vor. 15 % der Erkrankten wurden stationär behandelt. Etwa 6% bis 8% der erkrankten Personen mussten beatmet werden. Geschätzt sind es somit ca. 22 bis 25 Patienten. Die 12 Verstorbenen sind alle im Krankenhaus verstorben. Eine Obduktion fand nicht statt, die Diagnose erfolgte über Laborergebnisse.

Frau Gurske ergänzt, dass gegenüber dem Land eine Meldepflicht zur Krankenhausbelegung besteht. Die Zahl ist insofern nicht aussagekräftig für die Fallzahlen von Teltow-Fläming, da in den Krankenhäusern nicht nur Patienten aus Teltow-Fläming behandelt wurden und umgekehrt Patienten aus dem Landkreis Teltow-Fläming in anderen Landkreisen, Berlin und Potsdam stationär aufgenommen wurden.

Herr Große berichtet von einem Brief, den die Kommunen von der Landrätin erhalten haben mit der Bitte um Amtshilfe bei der Umsetzung der Eindämmungsverordnung. Die Kommunen fühlten sich teilweise überfordert und holten sich Unterstützung von Privatpersonen bei den Kontrollen. Ist dies der Fall?

Herr Lehmann antwortet, dass bei der Überwachung bzw. Wahrnehmung von Kontrolltätigkeiten der Eindämmungsverordnung ausschließlich auf Personal Kreisverwaltung zurückgegriffen wurde. Schwerpunktmäßig konzentrierten sich die Kontrollen auf kreisliche Einrichtungen.

Frau Gurske berichtet, dass es anfangs täglich und später bis zu dreimal wöchentlich Telefonkonferenzen mit den Bürgermeistern/Amtsleiter gab. Gemeinsam wurde abgestimmt, dass durch den Landkreis die touristischen Schwerpunkte kontrolliert werden (Fläming-Skate, Diedersdorf, Glashütte, Rangsdorf). Die sog. Corona-Polizei führt beratende Tätigkeit aus und hat die Befugnis Ausweise zu kontrollieren. Dies erfolgte in Abstimmung mit den Ordnungsämtern der Kommunen und der Polizei. Die Ordnungsämter haben ihre Kontrollen auf die lokalen Angebote konzentriert. Private Initiativen wurden seitens des Landkreises nicht beauftragt, es ist auch nicht bekannt, dass welche tätig waren.

Herr Haase möchte wissen, ob tatsächliche viele Ansteckungen über die medizinischen Einrichtungen liefen.

Herr Lehmann erklärt, anfangs stimmte diese Aussage, da Untersuchungen, teilweise aus Unwissenheit - ohne Schutzausrüstung ausgeführt werden. Dies gilt aber auch als Berufsrisiko bei medizinischem Personal.

Frau Brumm fragt, welche Empfehlungen wurden vom Gesundheitsamt zum Testverhalten gegeben?

Herr Lehmann antwortet, das Gesundheitsamt hat zu Tests geraten. Anfangs war noch unklar, wer die Testung macht. Mit der Einrichtung der Testzentren in Ludwigsfelde und Luckenwalde konnten ausreichend Test durchgeführt werden.

Frau Witt bittet um einen Ausblick/Prognose. Wie können die Abgeordneten helfen?

Herr Lehmann sagt, eine Prognose kann nicht gegeben werden. Das Gesundheitsamt ist gut aufgestellt und mit Unterstützung aus anderen Ämtern der Kreisverwaltung, die jederzeit aktiviert werden kann, auch bei einem Ansteigen der Fallzahlen gut gewappnet. Unterstützung gab es vom RKI und vom MDK. Ein Problem ist die Besetzung der offenen Arztstellen. Ein weiterer Arzt geht zum Jahresende in den Ruhestand.

TOP 8

Bericht Jobcenter zur aktuellen Lage

Frau Leffler gibt den Bericht zur aktuellen Lage im Jobcenter. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Sie zog ein positives Resümee. Die telefonische Kontaktaufnahme und Beratung zu den Klienten liefen gut. Es gab viele Anzeigen auf Kurzarbeit. Die Abrechnung erfolgt dazu nach drei Monaten, so dass genaue Zahlen erst dann zur Verfügung stehen.

Der Ausbildungsmarkt ist weiterhin stabil, es gibt zahlreiche freie Ausbildungsstellen. Wichtig ist, dass die JBA ihre Arbeit wieder aufnehmen kann, um die Jugendlichen persönlich zu erreichen (Beratungen, Messen, Schulbesuche).

Die Beratung vor Ort in den JC wird langsam hochgefahren. Ein Hygiene- und Schutzkonzept wurde erstellt. Einige positive Erfahrungen im Zusammenhang mit telefonischen und E-MAIL-Kontakten werden beibehalten. Als Beispiel nennt sie, Erstgespräche, Vermittlungsgespräche und Weiterbewilligungsanträge.

Herr Christoph ergänzt, dass das Insolvenzrecht mit der Verlängerung der Fristen entschärft wurde. In beiden Amtsgerichten (Luckenwalde und Zossen) ist kein auffälliges Antragsverhalten zu verzeichnen. Eine Zahl zu Gewerbeabmeldungen kann nicht gegeben werden, da dies in Hoheit der Kommunen liegt.

Herr Haase fragt, ob es bei den Selbständigen viele Antragsteller auf Grundsicherung gibt?

Frau Leffler antwortet, dass es von März bis Mai 203 Antragstellungen von Selbständigen im JC gab. Im gleichen Zeitraum 2019 waren es vier. Es hat sich auf bestimmte Branchen konzentriert, Schausteller, Künstler, Hotel und Gaststättenbereich, Friseure, Kosmetikerinnen ...

Frau Witt fragt nach dem Umsetzungsstand zum Projekt Vermittlung in Arbeit:

Frau Leffler erklärt, dass bedingt durch die Corona-Pandemie das Projekt nicht wie geplant im März 2020 starten konnte. Augenblicklich sind Dienstreisen generell noch nicht zulässig.

Frau Witt fragt, ob die Zuwüchse in der Kurzarbeit nach Branchen aufgeschlüsselt werden können.

Frau Leffler antwortet, dass es eine solche Übersicht nicht gibt.

Herr Jädicke möchte wissen, wie es bei den 450 €-Jobs aussieht?

Frau Leffler gibt an, dieser Personenkreis bezieht in der Regel aufstockende Leistungen vom JC.

Es gibt keine Auffälligkeiten und steigende Zahlen bedingt durch Corona.

Herr Große fragt nach einer internen Schwerpunktsetzung und nach präventiven Maßnahmen für Arbeitgeber, die Kurzarbeit angemeldet haben.

Frau Leffler erklärt, das ist Aufgabe der Agentur für Arbeit. Die Agentur hat den Arbeitgeberservice, der gemeinsam mit dem JC betrieben wird.

Herr Große fragt, wie mit den Bildungsträgern umgegangen wird. Wie viele können ihre Arbeit nicht mehr aufnehmen?

Frau Leffler antwortet, zum 1. April wurde der Präsenzunterricht im JC eingestellt. Am 25. Mai wurde der reguläre Unterrichtsbetrieb wieder aufgenommen. Die meisten Träger haben auf Online-Unterricht umgestellt. Im Landkreis haben 7 Träger Unterstützung nach dem SodEG beantragt. Am stärksten betroffen waren die Träger, die Arbeitsgelegenheiten anbieten.

TOP 9

Sozialatlas Teltow-Fläming

Frau Gurske führt einleitend aus, dass der Sozialatlas auf der Internetseite des Landkreises verlinkt ist. Er ist ein sehr gutes Arbeitsmittel um soziale Infrastruktur, soziale Angebote im Landkreis zu visualisieren, zu suchen, aber auch um Bedarfslücken sichtbar zu machen. Neben der Startfinanzierung aus MBS-Mittel gab es auch eine Förderung aus dem Bereich der Jugendhilfe.

Herr Lehmann und Frau Voigt von der Diakonie stellen den Sozialatlas TF vor und erklären anhand der Internetseite die Handhabung. Es handelt sich um ein leicht handhabbares Online-Informationssystem und dient als Orientierungshilfe für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Mitarbeiter in Ämtern und Behörden, im Gesundheits- und Sozialwesen. Es sind mittlerweile 1.100 Angebote erfasst.

Er entstand im Jahr 2011/2012 im Rahmen eines ESF-Projektes. Die Datenstrukturen selbst basieren auf dem alten Sozialatlas als Druckversion des Landkreises TF.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Frau Gurske hebt als positiv hervor, dass eine jährliche Abfrage zur Aktualität der Angebote hinterlegt ist.

Die Datenbank ist derzeit stabil, da auf schnelllebiges Daten (z.B. Veranstaltungshinweise) bewusst verzichtet wurde.

Frau Witt fragt nach den Zugriffszahlen auf den Sozialatlas?

Herr Lehmann antwortet, die Zugriffszahlen werden nicht erfasst. Dazu ist ein Trackingsystem notwendig. Gleichzeitig steht dann die Frage nach dem Datenschutz und Programmierungskosten fallen an. Die technische Umsetzung wird durch eine Werbeagentur umgesetzt, die konzeptionelle Betreuung liegt bei der Diakonie. Der Sozialatlas ist nicht werbefinanziert. Im Jahr fällt eine Servicepauschale von rd. 800 € an.

Luckenwalde, d. 11.08.2020

.....
Ausschussvorsitzende

.....
Protokollführerin

